

Und die Forschung an Atomreaktoren für neue Reaktorgenerationen wird fortgesetzt, als ob nie ein Atomausstieg beschlossen worden wäre. Und das alles unter dem wohlklingenden Motto **Sicherheit**, das auch für Militär und Rüstung erhalten muss. Gegen **Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach** hatte bereits im Mai 2009 ein Internationaler Appell Stellung bezogen.

..... und was lernen wir daraus?

KIT wird als friedlich und zivil dargestellt, aber planmäßig zu einem **zivil-militärisch-industriellen Forschungskomplex** ausgebaut. Bund und Land stehen sich aus der Verantwortung. Heute immer mehr **Zeitverträge** und morgen **Aushöhlung des Kündigungsschutzes** (TU9-Forderung - TU9 ist der Führungs-Club von neun Technischen Universitäten, darunter KIT). Kaum noch überraschend: TU9-Präsident ist KIT-Präsident Hippler, Zivilklausel-Gegner von Beginn an.

Der **Tabubruch Kern- und Waffenforschung** kann nur aufgehoben werden, wenn die Zivilklausel des früheren Forschungszentrums Karlsruhe auf das gesamte KIT übertragen wird. Das fordern die Studierenden, die Gewerkschaften und viele mehr für das KIT-Gesetz II. Die Studierendenvertretung (UStA Uni Karlsruhe KIT) hat die Kritik auf den Punkt gebracht. Der UStA sieht „exakt null“ seiner Forderungen verwirklicht.

Trotz mehrfacher Erinnerung in Form von Offenen Briefen und Presse-Erklärungen an die Adresse der Grün-Roten Landesregierung und der zuständigen Minister in den dargestellten Kritikpunkten gibt es nur ablehnende bzw. keine Antworten. Die angeschriebenen Landtags-abgeordneten der Regierungsfractionen haben nichtssagend oder gar nicht geantwortet. **KIT II ist der Testfall** auch für die versprochene Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz.

Jetzt sind MP Kretschmann, die Landesregierung, die Regierungsfractionen am Zuge, **im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit das Wahlversprechen zur Zivilklausel umzusetzen und Kriegsforschung am KIT und anderswo beenden zu helfen.**

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten ... mehr Infos in der Web-Dokumentation

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN



V.i.S.d.P.: Dietrich Schulze
Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe, 23. November 2011

Thema Kriegsforschung am KIT Was zählt eine Unterschrift von MP Kretschmann?

Vor der Wahl forderte der Grüne Spitzenkandidat zusammen mit 450 UnterzeichnerInnen eine Friedensbindung für das Karlsruher Institut für Technologie in Gestalt einer Zivilklausel (Text umseitig) für die Grundsatzung der Universität.



Quelle: Staatsministerium Baden-Württemberg

Nach der Wahl bringt er zusammen mit Wissenschaftsministerin Bauer (auch Unterzeichnerin) einen Gesetzesentwurf für KIT ein, ohne Zivilklausel und mit weitgehender Abschaffung der Mitbestimmung.

Mehr demokratische Bürgerbeteiligung versprochen und jetzt dabei, vor den Mächtigen einzuknicken, z. B. vor Daimlerboss Zetsche im KIT-Aufsichtsrat.

Kriegsforschung an Drohnen (mehr dazu umseitig) verspricht Profite. Da ist die Zivilklausel trotz Bewährung im Forschungszentrum hinderlich. Und **Atomforschung für neue Reaktorgenerationen** macht KIT ungerührt weiter. Nunmehr mit Grün-Rotem Gütesiegel? Das alles erinnert an die Vorgänger: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern.“ **Das ist WählerInnen-täuschung bzw. Wahlbetrug.**

Grün-Rot schweigt zu KIT-Vertuschung über Kriegsforschung an Drohnen

Der Faktencheck

Jan. 2009: In einer Urabstimmung votieren 63 Prozent der abstimmenden Studierenden für eine KIT-Zivilklausel „KIT verfolgt nur friedliche Zwecke“. Minister Frankenberg lehnt ab. Die Uni-Leitung und später die KIT-Leitung tun nichts.

Nov. 2009: KIT-Forschungsneubau (8 Mio. €) in Ex-Kaserne für „Fahrzeuge der Zukunft“. Federführend für das Projekt die Rüstungswissenschaftler Wünsche (Bundeswehr-Uni München) und Beyerer (KIT & Fraunhofer-Institut IOSB, 2/3 militärisch & Drohnenforschung). Im Juni erhielt der Rüstungskonzern Rheinmetall Defence die Führung eines europäischen Vorhabens für eine unbemannte Hightech-Plattform, d.h. für Kampfroboter.

Dez. 2009: Eine ddp-Presseanfrage über mögliche militärische Zwecke der unbemannten Fahrzeuge wird von der KIT-Pressestelle nicht beantwortet. Die KIT-Präsidenten wiesen die Befürchtung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, dass dem Militär zugearbeitet werde, empört zurück: „Das ist völliger Blödsinn. Da ist überhaupt nichts dran.“

Jan. 2010: Auf die Landtagsanfrage erhalten MdL Stober (SPD) und MdL Splett (Grüne) die Antwort, die Szenarien des Sonderforschungsbereichs kognitive autonome Automobile „orientieren sich alleine an der zivilen Anwendung.“

März 2011: Die Landtagsabgeordneten Kretschmann, Bauer, Schmid, Splett, Stober und 450 UnterzeichnerInnen, darunter viele internationale Persönlichkeiten, fordern für Uni-Grundsatzung und KIT-Gesetz: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ (Text Zivilklausel Uni Tübingen).

Juli 2011: Das Technikfolgenabschätzungsbüro des Deutschen Bundestags (TAB) legt die Projekt-Studie „Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung von unbemannten Systemen“ vor.

Darunter KIT mit dem EU-Projekt „Personal Air Transport System (myCopter)“ zur Entwicklung von Technologien für den autonomen Flug. **Unglaublich:** Im Bundeswehr-Jargon hält TAB die effektivere Entwicklung von Kampfrobotern für multinationale Einsätze und eine offenere Diskussion darüber für **unumgänglich**. Der TAB-Geschäftssitz ist das KIT Karlsruhe. Dessen Leiter Grunwald wurde 2007 zum Professor für Technikphilosophie und Technikethik an der Uni (KIT Campus Süd) berufen, im Kontext mit der **Exzellenzinitiative** zu „Autonome technische Systeme – Herausforderung für Mensch und Gesellschaft“ und für Entwicklungen zum Sonderforschungsbereich „Humanoide Roboter“ und „Kognitive Automobile“. KIT strebt hier nach eigenen Angaben eine international führende Position an. Offene Diskussion laut de Maiziere: "Die **Kultur der militärischen Zurückhaltung** sollte einer Kultur der Verantwortung weichen."

Okt. 2011: Das Webmagazin german-foreign-policy.com deckt auf, dass ein KIT-Referent vom Institut für Theoretische Elektrotechnik und Systemoptimierung der Uni auf einer Wehrtechnik-Tagung im Januar 2012 über Navigation von Minidrohnen und unbemannten Fahrzeugen vortragen wird. Die Tagung befasst sich mit dem "gesamten Spektrum" von **Kriegshandlungen in den Großstädten der sog. Dritten Welt**.

Nov. 2011: Wissenschaftsministerin Bauer hält es entgegen ihrer Unterschrift für das KIT-Gesetz und entgegen den Grünen Wahlausagen zur Zivilklausel für die Hochschulen für richtig, wenn sich Hochschulen friedlichen Zwecken widmen und gleichzeitig für die Bundeswehr forschen. Das bedeutet „**Krieg ist Frieden**“.

Okt.-Dez. 2011: Die Landesregierung hat das Weiterentwicklungsgesetz KIT II zur völligen Verschmelzung von Uni und Forschungszentrum zur Anhörung vorgelegt, ohne die versprochene Zivilklausel und mit weitgehender Abschaffung von Mitbestimmungsregelungen. Der Werbeslogan für den Gesetz-Entwurf heißt **Autonomie**. Freiheit für wen? Für Daimler und Rheinmetall, das KIT als verlängerte Werkbank für Wirtschafts- und Rüstungsinteressen zu nutzen.

Grün-Rot schweigt zu KIT-Atomreaktorforschung: Kompetenzerhalt wofür?